



Deutsches Reich

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich
innerhalb der Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des
1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand
vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit
seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer
Reorganisation der Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs
Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten
Crinitzer Str. 19 C
[15926] Fürstlich Drehna
Hans Franz Detlef a.d.F. B u r d a c k
www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Diplomatische Korrespondenz

07-02/17 DR

Dringendes Ersuchen

Sehr geehrte Exzellenz Präsident Herr Putin, sehr geehrte Exzellenz Herr Grinin,
sehr geehrte Exzellenz Mr. Präsident Trump, sehr geehrter Herr Kent Doyle Logsdon,

ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Freistaat Preußen für den Bereich
äußere Angelegenheiten und für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten entbiete dem
Präsidenten und dem Botschafter der Russischen Föderation im Namen aller Regierungsvertreter
der sich in Reorganisation befindenden Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs meine besten
Empfehlungen.

Immer öfter kommt es zu bewaffneten Raubüberfällen durch die BRD- POLIZEI gegenüber der
Zivilbevölkerung, insbesondere gegen Staatsangehörige des Staatenbundes Deutsches Reich.
Die Staatsangehörigen haben ihre Abstammung gemäß RuStAG 1913 nachgewiesen und die
Staatsangehörigkeit Ihrer Ahnen wieder angenommen und sind die rechtmäßigen Erben des Grund
und Bodens des Deutschen Reichs.

Sie gehören nicht zur „Reichsbürgerszene!“

Nach heutigen Telefonat mit dem sich in Reorganisation befindenden Bundesstaat Bayern, im
Staatenbund Deutsches Reich wurde mir mitgeteilt, dass es bei dem bestellten Vertreter
Christian a.d.F. N e u r e u t h e r zu einem bewaffneten Raubüberfall kam. Es wurden zwei Türen
eingetreten und sich gewaltsam Zutritt durch die POLIZEI verschafft.
Alle weiteren Regierungsvertreter des Bundesstaats Bayern befanden sich auf der Namensliste der
POLIZEI. Diese sind z.Z. telefonisch nicht mehr erreichbar.

Es wurden sämtliche Akten und Dokumente des Bundesstaats Bayern widerrechtlich
beschlagnahmt.

**Daher bitten wir dringend um Mitteilung eines zuständigen
Verbindungsoffiziers und Mitteilung über die rechtliche Situation, über**

Status der Besetzung und über die Zuständigkeit der Gerichtsbarkeit der Alliierten.

Wir bitten dringend um Hilfe und Unterstützung in der Gerichtsbarkeit, da die BRD einen Rechtsbankrott herbeigeführt hat.

Sämtliche Gesetze wurden im Geltungsbereich aufgehoben

Geltungsbereiche von Gesetzen

„Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen können. Ein Gesetz, das hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig.“

(BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147)

Jedes Gesetz muss einen Geltungsbereich haben, sonst gilt es nicht. Diese wichtige Regel ist ausnahmslos, das hat das Bundesverwaltungsgericht eindeutig festgelegt.

Fakt ist das die wichtigsten Gesetze keinen Geltungsbereich haben, diese Geltungsbereiche wurden gestrichen. Alle Gesetze die erlassen, geändert oder aufgehoben werden, werden in Bundesgesetzblättern (BGBl) veröffentlicht. Es gibt 3 Bundesgesetzblätterteile, Teil 1 und 2 werden immer veröffentlicht, Teil 3 kann auf Anfrage kostenpflichtig erworben werden.

Das Grundgesetz GG

Im BGBl Teil2 Nummer35 vom 28.09.1990 steht im Artikel 4, das der Artikel 23 aufgehoben wurde und das was der Geltungsbereich war in die Präambel geschrieben wurde. Vor der Aufhebung sah der Artikel 23 so aus:

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Auffällig ist, da steht Groß-Berlin und Württemberg-Hohenzollern!!

Im aktuellen Grundgesetz stehen diese Länder immer noch im Artikel 127, sind das Bundesländer? Diesem Rätsel kommen wir später auf die Schliche. Fakt ist, dass das GG mal einen Geltungsbereich hatte, seit September 1990 nicht mehr. Damit dürfen auch nach Artikel 144 keine Mitglieder in den Bundestag gesendet werden.

GG Art 144

(1) Dieses Grundgesetz bedarf der Annahme durch die Volksvertretungen in zwei Dritteln der deutschen Länder, in denen es zunächst gelten soll.

(2) Soweit die Anwendung dieses Grundgesetzes in einem der in **Artikel 23 aufgeführten Länder** oder in einem Teile eines dieser Länder Beschränkungen unterliegt, hat das Land oder der Teil des Landes das Recht, gemäß Artikel 38 Vertreter in den Bundestag und gemäß Artikel 50 Vertreter in den Bundesrat zu entsenden.

xx

Die Strafprozessordnung StPo

Die Strafprozessordnung ist ebenfalls komplett ungültig, denn im Einführungsgesetz der StPO ist der Paragraf 1

Die Strafprozeßordnung tritt im ganzen Umfang des Reichs gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.

durch das Bundesgesetzblatt von 2006 Teil1 Nr.18 S866ff vom 24.04.2006 im Artikel 67 aufgehoben worden.

**Änderung des
Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung**

(312-1)

Die §§ 1 und 5 des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 312-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch den Artikel 2 des Gesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2360) geändert worden ist, werden aufgehoben.

Die Zivilprozessordnung ZPO

Die Zivilprozessordnung ist ebenfalls komplett ungültig, hier stand genau dasgleiche im EGZPO §1 drin.

Die Zivilprozeßordnung tritt im ganzen Umfang des Reichs gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.

Durch das Bundesgesetzblatt von 2006 Teil1 Nr.18 S866ff vom 24.04.2006 wurde genauso im

Artikel 49 der Geltungsbereich aufgehoben.

Artikel 49

Änderung

des Gesetzes betreffend

die Einführung der Zivilprozessordnung

(310-2)

Das Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2a des Gesetzes vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2437), wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 1, 2, 13, 16 und 17 werden aufgehoben.

ZPO (neu) § 1 „**Die sachliche Zuständigkeit der Gerichte wird durch das Gesetz über die Gerichtsverfassung bestimmt.**“

XX

Das Gerichtsverfassungsgesetz GVG

Das GVG ist ebenfalls ungültig, es hatte vor dem 25.04.2006 den Paragraphen 1 des Einführungsgesetzes wo folgendes stand:

[Alt] Das Gerichtsverfassungsgesetz tritt im ganzen Umfang des Reichs an einem durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festzusetzenden Tage, spätestens am 1. Oktober 1879, gleichzeitig mit der in § 2 des Einführungsgesetzes der Zivilprozeßordnung vorgesehenen Gebührenordnung in Kraft.

Seit dem Bundesgesetzblatt von 2006 Teil1 Nr.18 S866ff vom 24.04.2006 ist der Artikel 1 des EGGVG aufgehoben worden:

Artikel 14 des BGBl:

Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz

(300-1)

„das Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 5 Abs. 5 des Gesetzes vom 22. August 2002 (BGBl. S.3390), wird wie folgt geändert:

1. **Die §§ 1, 3 Abs.2, §§ 4, 4a Abs.2 und § 11 werden aufgehoben.**

Jetzt ist der Artikel aufgehoben worden, damit ist das GVG, die ZPO und die StPO ungültig. Diese Gesetze existieren zwar noch, aber können ohne Geltungsbereich nicht angewendet werden. Wenn ein ungültiges Gesetz angewendet wird, dann nennt man das Rechtsbeugung.

Der § 15 der GVG, wurde ebenfalls im Bundesgesetzblatt Teil1 Nr.40 vom 20.09.1950 aufgehoben.:

13. § 15 wird aufgehoben

Dort stand vorher drin

GVG §15

Alle Gerichte sind Staatsgerichte.

Das bedeutet das ab 1950 alle Gerichtsverhandlungen nur noch privat sind, und damit freiwillig. Man kann hier ruhig von Firmengerichten sprechen.

Gegeben zu Fürstlich Drehna, den 07. Februar 2017

Mit freundlichen Grüßen

Vertretungen Russische Föderation
Botschaft
S.E. Herr Grinin
Unter den Linden 63 - 65
[10117] Berlin



Herrn Franz Dellef
u.v.d. G. Gurdach

S.E. Herr Präsident Putin

Vorab per Fax: 030 229 93 97

Botschaft
Vereinigte Staaten von Amerika
Herr Kent Doyle Logsdon
Pariser Platz 2
[10117] Berlin

S.E.Mr. Präsident Trump

Vorab per Fax: 0 30 830 510 50

Date & Time : 07-FEB-2017 12:26 TUE
 Model Name : M267x 287x Series
 Machine Serial Number : 2EA5BJCG7001M6W
 Host Name : SEC30CDA7AAF440

| No | Name/Number | Start Time | Time | Mode | Page | Result |
|-----|-------------|-------------|--------|------|---------|--------|
| 542 | 0302299397 | 07-02 12:21 | 04'25" | G3 | 004/004 | OK |



Deutsches Reich

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich innerhalb der Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer Reorganisation der Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs
 Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten
 Crintitzer Str. 19 C
 [15926] Fürstlich Drehna
 Hans Franz Detlef a.d.F. B u r d a c k
www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Diplomatische Korrespondenz

07-02/17 DR

Dringendes Ersuchen

Sehr geehrte Exzellenz Präsident Herr Putin, sehr geehrte Exzellenz Herr Grinin, sehr geehrte Exzellenz Mr. Präsident Trump, sehr geehrter Herr Kent Doyle Logsdon,

ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Freistaat Preußen für den Bereich äußere Angelegenheiten und für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten entbiete dem Präsidenten und dem Botschafter der Russischen Föderation im Namen aller Regierungsvertreter der sich in Reorganisation befindenden Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs meine besten Empfehlungen.

Immer öfter kommt es zu bewaffneten Raubüberfällen durch die BRD- POLIZEI gegenüber der Zivilbevölkerung, insbesondere gegen Staatsangehörige des Staatenbundes Deutsches Reich. Die Staatsangehörigen haben ihre Abstammung gemäß RuStAG 1913 nachgewiesen und die Staatsangehörigkeit Ihrer Ahnen wieder angenommen und sind die rechtmäßigen Erben des Grund und Bodens des Deutschen Reichs.

Sie gehören nicht zur „Reichsbürgerszene!“

Nach heutigen Telefonat mit dem sich in Reorganisation befindenden Bundesstaat Bayern, im Staatenbund Deutsches Reich wurde mir mitgeteilt, dass es bei dem bestellten Vertreter Christian a.d.F. N e u r e u t h e r zu einem bewaffneten Raubüberfall kam. Es wurden zwei Türen eingetreten und sich gewaltsam Zutritt durch die POLIZEI verschafft. Alle weiteren Regierungsvertreter des Bundesstaats Bayern befanden sich auf der Namensliste der POLIZEI. Diese sind z.Z. telefonisch nicht mehr erreichbar.

Es wurden sämtliche Akten und Dokumente des Bundesstaats Bayern widerrechtlich beschlagnahmt.

Daher bitten wir dringend um Mitteilung eines zuständigen Verbindungsoffiziers und Mitteilung über die rechtliche Situation, über

Date & Time : 07-FEB-2017 12:33 TUE
 Model Name : M267x 287x Series
 Machine Serial Number : ZEA5BJCG7001M6W
 Host Name : SEC30CDA7AAF440

| No | Name/Number | Start Time | Time | Mode | Page | Result |
|-----|-------------|-------------|---------|------|---------|--------|
| 543 | 03083051050 | 07-02 12:28 | 04' 39" | G3 | 004/004 | OK |



Deutsches Reich

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich
 innerhalb der Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des
 1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand
 vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit
 seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer
 Reorganisation der Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs
 Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten
 Crinitzer Str. 19 C
 [15926] Fürstlich Drehna
 Hans Franz Detlef a.d.F. B u r d a c k
www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Diplomatische Korrespondenz

07-02/17 DR

Dringendes Ersuchen

Sehr geehrte Exzellenz Präsident Herr Putin, sehr geehrte Exzellenz Herr Grinin,
 sehr geehrte Exzellenz Mr. Präsident Trump, sehr geehrter Herr Kent Doyle Logsdon,

ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Freistaat Preußen für den Bereich
 äußere Angelegenheiten und für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten entbiete dem
 Präsidenten und dem Botschafter der Russischen Föderation im Namen aller Regierungsvertreter
 der sich in Reorganisation befindenden Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs meine besten
 Empfehlungen.

Immer öfter kommt es zu bewaffneten Raubüberfällen durch die BRD- POLIZEI gegenüber der
 Zivilbevölkerung, insbesondere gegen Staatsangehörige des Staatenbundes Deutsches Reich.
 Die Staatsangehörigen haben ihre Abstammung gemäß RuStAG 1913 nachgewiesen und die
 Staatsangehörigkeit Ihrer Ahnen wieder angenommen und sind die rechtmäßigen Erben des Grund
 und Bodens des Deutschen Reichs.

Sie gehören nicht zur „Reichsbürgerszene!“

Nach heutigen Telefonat mit dem sich in Reorganisation befindenden Bundesstaat Bayern, im
 Staatenbund Deutsches Reich wurde mir mitgeteilt, dass es bei dem bestellten Vertreter
 Christian a.d.F. N e u r e u t h e r zu einem bewaffneten Raubüberfall kam. Es wurden zwei Türen
 eingetreten und sich gewaltsam Zutritt durch die POLIZEI verschafft.
 Alle weiteren Regierungsvertreter des Bundesstaats Bayern befanden sich auf der Namensliste der
 POLIZEI. Diese sind z.Z. telefonisch nicht mehr erreichbar.

Es wurden sämtliche Akten und Dokumente des Bundesstaats Bayern widerrechtlich
 beschlagnahmt.

**Daher bitten wir dringend um Mitteilung eines zuständigen
 Verbindungsoffiziers und Mitteilung über die rechtliche Situation, über**